

## Der Bezirksbürgermeister

## Bezirksvertretung 7 (Porz)

Geschäftsführung  
Frau Radke

Telefon: (0221) 221-97327

Fax: (0221) 221-97320

E-Mail: monika.radke@stadt-koeln.de

Datum: 04.03.2013

## Niederschrift

über die **Sondersitzung der Bezirksvertretung Porz** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 25.02.2013, 18:00 Uhr bis 19:15 Uhr, Bezirksrathaus Porz, Matthias-Chlasta Saal (Raum 311), Friedrich-Ebert-Ufer 64 - 70, 51143 Köln

### Anwesend:

#### Bezirksbürgermeister

Herr Willi Stadoll SPD

#### Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Andrea Brühl	SPD
Herr Simon Bujanowski	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Karl-Heinz Pepke	SPD
Herr Andreas Weidner	SPD
Herr Hartmut Achten	CDU
Frau Alexandra Desgronte	CDU
Frau Tanja Leyer	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Birgitt Ogiermann	CDU
Frau Sabine Stiller	CDU
Herr Thomas Werner	CDU
Herr Thomas Ehses	GRÜNE
Herr Dieter Redlin	GRÜNE
Herr Bernd Wilhelm	GRÜNE
Herr Wolfgang Baumann	FDP
Frau Regina Wilden	pro Köln
Herr Karl-Günther Eberle	DIE LINKE.

#### Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Werner Marx CDU

#### Verwaltung

Herr Bürgeramtsleiter Norbert Becker

#### Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Olaf Klömpken  
Herr Uwe Schnütgen

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt:**

## **Mitglieder der Bezirksvertretung**

Herr Wolf Gunther Lemke FDP

## **Ratsmitglieder mit beratender Stimme**

Herr Henk Benthem van	CDU
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Monika Möller	SPD
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
Herr Lutz Tempel	SPD

## **Verwaltung**

Herr Bernd Götting

Frau Elke Müssigmann

Herr Hartmut Sorich

Herr Bezirksbürgermeister Stadoll begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Als Stimmzähler und Stimmzählerinnen werden Herr Ehses, Frau Leyer und Frau Ogiermann benannt.

Der Dringlichkeitsantrag wird von Herrn Joisten für die SPD-Fraktion zurückgezogen.

Die um die beiden Änderungsanträge ergänzte Tagesordnung wird in der Form einstimmig beschlossen.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**6 Anträge gemäß §§ 3 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

6.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion: Anbindung Tiefgarage Bauprojekt Nachtigallenhof in Porz-Wahn  
AN/0241/2013

6.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**7 Verwaltungsvorlagen**

7.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

7.1.1. Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und der sonstigen Anlagen  
0154/2013

Änderungs-/ Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Grüne: zu TOP 7.1.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und der sonstigen Anlagen  
AN/0237/2013

7.1.2. Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 hier: Beschluss über die sachliche Verwendung der bezirksorientierten Mittel für die Jahre 2013 und 2014 gem. § 37 Abs. 3 GO NW  
0153/2013

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Grüne: zu TOP 7.1.2 Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 hier: Beschluss über die sachliche Verwendung der bezirksorientierten Mittel für die Jahre 2013 und 2014 gem. § 37 Abs. 3 GO NW  
AN/0240/2013

7.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**8 Anfragen gemäß §§ 4 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

8.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

8.2 Neue Anfragen

## **9 Mitteilungen**

9.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9.2 Mitteilungen der Verwaltung

## **10 Annahme von Schenkungen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **11 Verwaltungsvorlagen**

11.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

### **12 Anträge gemäß §§ 3 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

12.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

### **13 Anfragen gemäß §§ 4 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

13.1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

13.2 Neue Anfragen

### **14 Mitteilungen**

14.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

14.2 Mitteilungen der Verwaltung

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Anträge gemäß §§ 3 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
  - 6.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
    - 6.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion: Anbindung Tiefgarage Bauprojekt Nachtigallenhof in Porz-Wahn  
AN/0241/2013**
- Bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.**
- 6.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 7 Verwaltungsvorlagen**
  - 7.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
    - 7.1.1 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und der sonstigen Anlagen  
0154/2013**

## Haushaltsreden der Fraktionen (es gilt jeweils das gesprochene Wort)

### Haushaltsrede der SPD-Fraktion von Herrn Christian Joisten:

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

uns allen ist bewusst: Wir befinden uns in einer der schwierigsten Haushaltslagen, die diese Stadt in den vergangenen Jahrzehnten gesehen hat!

Daran gibt es zunächst nichts zu beschönigen oder zu relativieren – die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Das Defizit im Haushalt der Stadt Köln beträgt in 2013 **317,8 Millionen Euro** und in 2014 **233,3 Millionen Euro!**

Die Gründe für das Entstehen dieser Situation sind vielfältig, aber im Wesentlichen auf Veränderungen zurückzuführen, die fast alle Kommunen vor große Herausforderungen stellen und gerade den großen Städten die Luft zum Atmen nehmen:

Vor allem die Aufwendungen für Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen steigen ins Unermessliche, wobei insbesondere die Kosten für soziale Aufgaben dynamisch ansteigen, während wir einen drastischen Rückgang der Investitionen erleben. Überall entwickeln sich die Haushalte von Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten. Lag der Anteil der Investitionen vor drei Jahrzehnten noch bei etwa einem Drittel des Haushaltsvolumens, so liegt er heute gerade einmal bei einem Zehntel.

Dabei werden den Kommunen von Bund und Land immer mehr Aufgaben übertragen, ohne vollständig für die damit verbundenen Kosten aufzukommen. Köln hat sich die sozialen Leistungen ja nicht selbst auferlegt. Sie werden von Bund und Land beschlossen, und die Stadt Köln muss die Umsetzung garantieren.

Daher sind Bund und Land gefordert, den Kommunen stärker als bisher zu helfen und diese finanziell zu entlasten.

Die Nordrhein-westfälische Landesregierung ist dabei bereits erste Schritte gegangen und hat den Kommunen in den Jahren 2012 und 2013 jeweils mehr als 8 Milliarden Euro über das Gemeindefinanzierungsgesetz und damit seit 2010 insgesamt 2,5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt!

Dennoch müssen Bund und Land den Kommunen weiterhin entgegenkommen und die Sozial- und Infrastrukturkosten partnerschaftlich aufteilen. Dabei erscheinen folgende Punkte von besonderer Wichtigkeit:

1. Die ab 2014 vom Bund zu übernehmende Grundsicherung im Alter darf nicht durch das Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepakets konterkariert werden.

2. Die uns besonders finanziell belastende Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss vollumfänglich vom Bund getragen werden.

3. Nicht zuletzt wegen der steigenden Energiekosten brauchen wir eine größere Beteiligung des Bundes an den Kosten zur Unterkunft.

4. Der Ausgleich für die zusätzlichen Lasten, zum Beispiel für die U 3-Betreuung und die Umsetzung der Inklusion, muss ehrlich und fair erfolgen. Für Personal, Umbau und Ausstattung der Inklusionsschulen werden die Kommunen bundesweit schätzungsweise 660 Millionen Euro jährlich ausgeben müssen. Dabei muss auch gegen die schleichende Aushöhlung der Konnexität angekämpft werden.

5. Die Modernisierung und Sanierung unserer Infrastruktur, insbesondere der Brücken, Wege und Tunnel, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Da dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden.

Wie man sieht, ist insbesondere der Bund gefragt, die Kommunen mit den von ihm beschlossenen Leistungen nicht alleine zu lassen und sich substantiell an der Finanzierung von Infrastruktur zu beteiligen.

Aber die schwarz-gelbe Bundesregierung duckt sich hier nicht nur weg, sondern streicht ausgerechnet in dieser, für die Kommunen so prekären Situation das Programm „Soziale Stadt“, mit dem bisher die Ertüchtigung von Wohn- und Geschäftsviertel gefördert wurde – auch vielen Bereichen von Porz und insbesondere Porz-Mitte könnte dieses Programm helfen, aus der Abwärtsspirale herauszukommen.

Aber auch bei der energetischen Modernisierung oder dem Straßenbau streicht die Bundesregierung, anstatt den Kommunen zu helfen.

Hinsichtlich der Finanzierung derartiger Maßnahmen unterstützt die Porzer SPD-Fraktion weiterhin den Vorschlag von Oberbürgermeister Jürgen Roters, den Solidaritätsbeitrag Ost, der die Stadt Köln bis 2019 jährlich über 70 Millionen Euro kostet, in einen Infrastruktur-Soli für ganz Deutschland umzuwandeln.

Denn die Infrastruktur ist in allen Landesteilen erneuerungsbedürftig, zwischenzeitlich im Westen sogar dringlicher als im generalsanierten Osten Deutschlands!

Soviel zu den überregionalen Rahmenbedingungen.

Das eingangs beschriebene Defizit der Stadt Köln erfordert beherztes und teilweise drastisches Handeln, ohne dabei die Fundamente zu zerstören, auf denen unsere Stadtgesellschaft basiert und die wir zum nachhaltigen Wirtschaften benötigen.

Leider ist in dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Kämmerin noch kein ausgewogenes, belastbares und nachhaltiges Konzept für den erfolgreichen Schuldenabbau zu erkennen.

Vielmehr regiert mal wieder der Rasenmäher, der ohne ganzheitliche Strategie und zukunftstaugliche Prioritäten überall etwas kürzt, ohne einem klaren Ziel oder einer Vision zu folgen.

Die Porzer SPD-Fraktion unterstützt daher Oberbürgermeister Jürgen Roters in seiner Position, alle Entscheidungen daran auszurichten, die Zukunftsfähigkeit Kölns zu sichern. Köln ist eine stark wachsende Stadt. Grundlagen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Erhalt der Infrastruktur, ausreichender und preiswerter Wohnraum sowie Angebote für Bildung und Betreuung, auch als Beitrag zu einer sozialen Balance, sind folglich für die SPD von besonderer Bedeutung.

Uns ist bewusst, dass wir auf diesem Weg auch auf Wünschenswertes verzichten müssen. Trotzdem werden wir uns dieser Aufgabe stellen. Der Verzicht auf die Sanierung des früheren Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring, die Verschiebung der Bewerbung für die Bundesgartenschau oder die Konzentration des Masterplans Innenstadt auf wichtige Kernpunkte fallen hierunter. Diese Vorschläge des Stadtvorstandes unterstützen wir ausdrücklich.

Allerdings fordern wir den Stadtvorstand dringend auf, nicht bei den Kosten für die Unterhaltung von Tunneln, Brücken und Straßen bzw. den Aufwendungen für die Reinigung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen zu sparen. Diese Vorschläge werden sich schnell als kurzsichtig erweisen!

Und auch für Porz sehen wir klare Prioritäten hinsichtlich der zu finanzierenden Projekte! Daher fordern wir die Kämmerin und den Finanzausschuss auf, insbesondere folgende Schwerpunkte für Porz zu setzen und zu finanzieren:

1. Die **Beibehaltung der Höhe der bezirksorientierten Mittel auf Basis der Werte von 2008** als einzige Finanzmittel, über die die Bezirksvertretung unmittelbar und unabhängig entscheiden kann. Da mit diesen Mitteln insbesondere Vereine und soziale Institutionen in ihrem gesamtgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement unterstützt werden, für das die Bezirksvertreter über die genauesten Kenntnisse hinsichtlich des Bedarfes vor Ort verfügen, darf das ohnehin niedrige Niveau dieser Finanzmittel nicht weiter abgesenkt werden.

2. Die **Bereitstellung eines Streetworkerteams allein für den Stadtbezirk Porz**. Seit vielen Jahren ist der Stadtbezirk Porz bei der Verteilung der offenen Angebote der Jugendhilfe benachteiligt. So gibt es im Bereich des Stadtbezirks Porz nur 4 Jugendzentren, von denen 2 räumlich und strukturell eng verflochten sind, so dass es letztlich nur in 3 von 16 Stadtteilen ein entsprechendes Angebot gibt, während es in anderen Stadtbezirken bis zu 15 Jugendeinrichtungen gibt. Und im Bereich der Streetworkarbeit teilen sich die rechtsrheinischen Stadtbezirke Porz, Kalk und Mülheim ein einziges (!) 2-köpfiges Streetworkerteam. Dieses strukturelle Defizit muss zumindest durch den Einsatz eines eigenen Streetworkerteams für den Stadtbezirk Porz etwas verringert werden, so wie es die Bezirksvertretung Porz seit Jahren fordert und beschlossen hat. Dies muss nicht zwangsläufig durch zusätzliche Finanzmittel, sondern kann ggf. auch durch eine gerechtere und zielführende Verteilung der Mittel unter Ausnutzung von Synergieeffekten erfolgen.

3. **Weitere Förderung der inklusiven Jugendarbeit der Offenen Tür in der Ohmstraße**. Dieses gesamtstädtisch einmalige Angebot muss auch im Sinne der einschlägigen Vorgaben der Vereinten Nationen und der Bundesgesetzgebung weiter gefördert und finanziell unterstützt werden. Auch hier sollten eventuelle Synergien mit anderen Trägern oder die Ermittlung neuer Fördertöpfe geprüft werden.

4. **Beibehaltung des Sozialraumkoordinators für Porz-Finkenberghoven**. Insbesondere in den vergangenen Monaten ist uns noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt worden, wie wichtig diese Funktion als Impulsgeber und Motor vieler Aktivitäten sein kann und damit sogar zu einer Reduzierung von Ausgaben beitragen kann. So hat die von unserem Sozialraumkoordinator Jürgen Auth und unserem Ratsmitglied Monika Möller initiierte Mietermobilisation in Porz-Finkenberghoven dazu geführt, dass hunderte von Mietern der Erhöhung von Miete bzw. Nebenkosten widersprochen und somit im Falle des Bezuges von Transferleistungen – was in diesem Bereich einem hohen Anteil entspricht – der Stadt unmittelbar Geld gespart, da diese die entsprechenden Erhöhungen nicht verausgabten musste.

Aber auch in Gremberghoven hat sich in den vergangenen Monaten viel getan, so dass der lokale Bürgerverein zwischenzeitlich über eigene Räumlichkeiten verfügt und regelmäßige Angebote für Jugendliche im Stadtteil organisiert werden – auch dazu hat Jürgen Auth mit großem Engagement beigetragen! Daher ist es unerlässlich, diese Stelle fortzuführen und die notwendigen Einsparungen auf den Sachmitelbereich der Sozialraumkoordination zu beschränken.

5. **Bereitstellung von Investitions-, Planungs- und Ausbaumitteln für die Verlängerung der Linie 7**. Nachdem es nun wiederholt positive Signale aus Stadt und Land gegeben hat, die eine Realisierung der seit Jahrzehnten erforderlichen und entsprechend geforderten Linienverlängerung in erreichbare Nähe zu bringen

scheint, müssen nun auch die entsprechenden Finanzmittel für Ankauf und Vorbereitung der notwendigen Grundstücke, die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens sowie erste Schritte für die Realisierung seitens der Stadt bereitgestellt werden. Ferner muss das Planfeststellungsverfahren dann auch so schnell wie möglich eingeleitet werden, damit die verkehrliche Erschließung des Porzer Südens endlich vorankommt und dringend benötigte Wohnraumareale in diesem Bereich entwickelt werden können.

6. Für alle **städtischen Investitionen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte** sind die notwendigen Mittel in den Haushalt einzustellen. Nachdem im Jahre 2010 mit dem Beschluss über das Entwicklungskonzept Porz-Mitte ein guter Rahmen für die weitere Entwicklung der gebeutelten Porzer Innenstadt gesetzt wurde, müssen nun neben den privaten Investitionen auch Mittel für die Stadtgestaltung eingeplant und bereitgestellt werden. Dazu gehören selbstverständlich auch die Fortschreibung der Sanierungsmittel für Ufermauer und Ufertreppe, wobei für letztere ja bereits das Vergabeverfahren unmittelbar bevorsteht.

Meine Damen und Herren,

wie Sie sehen, haben wir gemeinsam mit unserem Kooperationspartner Bündnis '90/Die Grünen klare Prioritäten für Porz gesetzt, die wir mit dem vorliegenden Änderungsantrag in die laufenden Haushaltsplanberatungen einspeisen und für die wir bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat für Unterstützung werben.

Von der Kämmerin wünschen wir uns ähnlich klare Prioritätensetzungen für den gesamtstädtischen Haushalt, damit ambitioniertes Sparen mit Erhalt und Ausbau unserer sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen sinnvoll verknüpft werden kann – denn eines ist für uns Sozialdemokraten in den vergangenen 150 Jahren zur konstitutiven Maxime geworden: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe am ökonomischen Erfolg der Gesellschaft schaffen erst die Grundlagen für sozialen Frieden und wirtschaftliches Wachstum und sind die beste Versicherung gegen extremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft. Und daher werden wir alles dafür tun, um diese Grundlagen zu erhalten und sie nicht kurzfristigem Sparaktivismus zum Opfer fallen zu lassen, wobei wir uns schmerzhaften, aber strategisch sinnvollen Sparanstrengungen nicht entziehen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

### **Haushaltsrede der CDU-Fraktion, Herr Thomas Werner:**

Diesen unausgegorenen Haushaltsplanentwurf 2013/14 kann die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Der Entwurf weist wieder ein erhebliches **Defizit** auf, ohne dass dringend notwendige Konsolidierungsbemühungen seitens des Oberbürgermeisters erkennbar sind.

Mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung droht weiterer **Verzehr städtischen Eigenkapitals**. Was dies für die Zahlen der kommenden Jahre bedeutet, lässt nichts Gutes ahnen.

Dass die Kämmerin ihre Unfähigkeit in ihrer Rede mit den Worten „Vermessen wäre die Behauptung, dieser Haushalt böte bereits Lösungen!“ selbst eingesteht, zeigt vielmehr auf, dass die kopflose Verwaltung weiter mit Volldampf auf ein Haushaltssicherungskonzept zurast.

Für das Jahr 2013 weist der Haushaltsplanentwurf ein Defizit von 317 Millionen Euro aus, für 2014 ein Defizit von 233 Millionen Euro. Der Schuldenstand der Stadt beträgt zum 31. Dezember 2012

**2,6 Milliarden Euro.**

Insgesamt stehen die o. g. Zahlen für eine **Finanzpolitik auf Kosten künftiger Generationen** – dem kann die CDU nicht zustimmen.

Stattdessen werden und wurden immer weitere, **zusätzliche Belastungen** für die Kölner Bürgerinnen und Bürger generiert. Hierzu zählen z.B. die Steigerung der **Abwasser- und Straßenreinigungsgebühren** sowie die **Erhöhung der Grundsteuer B** zur Finanzierung des Winterdienstes. Diese Grundsteuererhöhung führte bereits zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger - unabhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Was mit den zusätzlichen Einnahmen geschehen wird, wenn der Winterdienst in so hohem Maße denn nicht erforderlich ist, wurde bisher immer noch nicht beantwortet.

Demgegenüber setzt sich die **CDU-Fraktion** für eine nachhaltige Finanzpolitik ein:

- Wir wollen **keine überbordende Belastung der Bürger** durch ständig steigende Abgaben.
- Wir fordern den **Fokus auf einen strikten Konsolidierungskurs** durch den Abbau von Aufgaben zu setzen.
- Wir fordern den **Verzicht auf unnötige und finanziell riskante Prestigeobjekte**, wie z.B. zur jetzigen Zeit der Bau des jüdischen Museums auf dem Rathausvorplatz.
- Wir fordern stattdessen eine **Stärkung sozialer Projekte** in den Bezirken.

**Porz und Köln braucht jetzt endlich eine wirtschaftlich und sozial ausgewogene Haushaltspolitik!**

### **Haushaltsrede der Fraktion Die Grünen, Herr Dieter Redlin:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

eines der wichtigen Themen in jeder Familie ist immer wieder die Verteilung des vorhandenen Geldes. Auch wir als Kölner Familie müssen uns dieses Themas annehmen und unsere Vorstellungen über diese Verteilung kundtun.

Alle Bürger dieser Stadt wissen, dass unsere Stadt nicht sorglos mit dem Geld um sich werfen kann. In dem jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf finden sich deutliche Spuren unserer Sparpolitik.

Das Credo des schlanken Staats hat sich in jeder Beziehung als Falsch erwiesen. Die fehlenden Kontrollbehörden mit wirklicher Macht gegenüber den Kapitalgesellschaften haben dazu geführt, dass unsere Demokratie am Abgrund steht. Politik wird nicht mehr durch das Volk bestimmt, sondern fast ausschließlich noch durch Kapital.

Wir dürfen auf keinen Fall dem Wahn verfallen, die Kölner Kronjuwelen, wie Wohnungsbaugesellschaften, Stadtwerke, AWB oder gar Wasserwerke zu verkaufen und zu privatisieren. „HÄNDE WEG VOM WASSER!“ kann ich da nur rufen. Die Grundversorgung der Menschen ist es, die in einem Staat und auch in einer Stadt die Politik bestimmen. Wenn ich die Grundversorgung den gewinnorientierten Mächten und Hyänen in einem Staat überlasse, geht Stück für Stück Demokratie verloren.

Nur wenn die Grundversorgungen Wasser, Energie und auch Wohnen und Infrastruktur in kommunaler Hand bleiben, gibt es weiter Demokratie und politischen Handlungsspielraum in Köln.

Wir leiden hier in Köln an einer, ich nenne es nur noch Schrammas Geldversenkungsanlage, aber offiziell heißt es Nord Süd Stadtbahn. Gerade jetzt zur selben Zeit wird im Ratsausschuss wieder darüber entschieden, dass die Stadt Köln weitere 10,5 Mio€ für die KVB übernimmt, um die Sicherungsbauwerke Gleiswechselwerk und Archiv vor zu finanzieren. Ob wir dieses Geld je wiedersehen, steht in den Sternen. Das wären dann nun alles in allem über 30 Mio€ nur für Sicherungsbauwerke. Mir wird schlecht, wenn ich darüber nachdenke, wenn man den Grünen gefolgt wäre und die Nord-Süd-Bahn nicht als U-Bahn gebaut hätte. Dem Steuerzahler wären ohne Unglück 1 Milliarde€ Kosten erspart geblieben (erste Vorlage Kostenschätzung 250 Mio ohne teure U-Bahn, jetzt schon Schätzungen bei 1,3 Milliarde€ bei Fertigstellung ohne Unglückskosten) Ein viel zu teures Denkmal für eine nicht von den Grünen zu verantwortende Kirchturmpolitik. Ich bin der festen Überzeugung, die Bürger sollten auf „Grüne“ Finanzfachleute hören und es wäre noch viel Geld vorhanden. Sei es U-Bahn, Museumsneubauten oder bundesweit die gern genannten schwarzen Löcher Flughafen Berlin und Stuttgart 21. Erst wenn Grüne an der Politik entscheidend beteiligt sind, hört das ' sich in die Tasche lügen' endlich auf.

Ob hier in der Stadt oder in Land und Bund: Wir bringen die Transparenz in Bereiche über die andere gerne den Mantel des Schweigens hängen würden.

Wir haben hier wieder einen Haushaltsentwurf, der sich mit all den Unbillen und Fehlentscheidungen der letzten 20 Jahre herumschlagen muss.

In diesem Haushalt sehen die Kölner nun wie schlimm es wirklich steht.

Es sind zwar durch die gewonnene Landtagswahl mehr Mittel in die Schlüsselzuweisungen geflossen, jedoch nicht in dem Maße, wie es sein sollte. Es fehlen noch etliche Millionen von den Leuten, die die Musik bestellt haben, also Bund und Land.

Wie potemkinsche Dörfer muten die haushaltsbelastenden Gesetze der Schwarz Gelben Regierungen an. Der letzte Streich ist die Herdprämie. Hier wird Reichen das Geld hinterher geworfen, während denen, die es brauchen, dieses Erziehungsgeld von Harz4 und Grundsicherung abgezogen wird.

Ich hoffe die Menschen merken sich diese soziale Komponenten der Schwarzen und Gelben. Die absolute Frechheit in Sachen Eingriff in die kommunale Haushaltssituation erlauben sich hier jedoch die Gelben. Erst wird der Steuersatz für Hotelbetten von 19% auf 7% gesetzt, und dann wird sich darüber beklagt, dass die Städte und Gemeinden gerne diese entgangenen Millionen wieder hätten. Vehement wird sich gegen die Kultursteuer gestemmt. Aber woher das fehlende Geld kommen soll, wird nicht gesagt. Im Gegenteil, man stemmt sich noch vehement dagegen, dass der Steuersatz für Mittagessen an Schulen und Kindergärten auf den Nahrungsmittelsatz von 19% auf 7 % gelegt wird. Das ist zu teuer. Anscheinend sind Hotelbetten eher Nahrungsmittel.

Meine Damen und Herren, merken sie es sich gut wer hier sozialverantwortlich und kommunalverantwortlich handelt. Gelb ist da eher nicht die Grundfarbe.

Unter diesen Vorzeichen hat unsere Kämmerin einen nach vernünftigen und klaren Haushaltsentwurf vorgelegt, Der uns als Porzer Bezirksvertretung jedoch nicht zufriedenstellen kann.

In der Gemeindeordnung ist an für sich klar geregelt, wofür die Bezirksvertretung zuständig ist.

Nur leider ist dies allen Kämmerer in Köln nie klar geworden.

Es ist für Ehrenamtler schwer zu überblicken, welche Haushaltsstelle denn nun für unseren Bezirk zuständig ist. Wir bekommen etliche Kilo Haushaltsplan, den, wenn man ihn intensiv studiert, keinem Menschen sagt wo das Geld wirklich bleibt.

Die Zentralisierung der Aufgaben, die auch ein Mittel der Sparsamkeit sein kann, heißt jedoch noch lange nicht, dass alle **Mittel** zentralisiert werden müssen.

Da gibt es zwar einen Teil „Bezirksbezogene Darstellung“, aber wenn ich alles zusammenrechne, komme ich in den bezirksbezogenen Ansätzen auf keinen einem Projekt oder Objekt zu zuordnenden Ansatz. Das meiste geht in den Querschnittsaufgaben der Verwaltung unter.

Unser gutes demokratisches Recht auf Selbstbestimmung im Bezirk wird auch mit diesem Haushaltsentwurf stark eingeschränkt.

Denn es glaube keiner, wir Bezirksvertretungen könnten wenigstens über alle Mittel der bezirksbezogenen Darstellung entscheiden. Nein, die 171 Bezirksvertreter dürfen gerade mal über 504 Tausend Euro entscheiden. Für den Rest von ca. 3.200 Millionen Euro sind wir wohl nicht gut genug, der wird dann von den 99 Ratsleuten entschieden. Wir dürfen hier im Bezirk über sagenhafte 0,014% des Haushalts entscheiden. Allein der fallende Bankzins im letzten Jahr hat der Stadt mehr eingebracht als 171 Bezirksvertreter für ihren Bezirk ausgeben dürfen.

Wir fordern ganz klar:

So lange die Verwaltung sich hinter Haushaltstellen verstecken kann, die kein Normalsterblicher versteht, und wir keinen Zugriff auf die Verwaltungsentscheidungen haben, können wir einen Haushalt, wie er uns jetzt vorgelegt wird, nur zur Kenntnis nehmen.

Unsere Forderungen im Anhörungsrecht des Haushalts sind:

- 1. Die Senkung des Sockelbetrags für die Bezirksvertretungen von 18.910 € Euro und 0,39 € auf jetzt 15.660 Euro und 0,35 € pro Bezirk wird abgelehnt. Wir fordern den Rat auf, mindestens die Beträge von 2008 für die Bezirke zu bewilligen, also für Porz 61.186,-€**
- 2. Der bereits mehrfach beantragte und seitens der Bezirksvertretung Porz beschlossene Ausbau der Jugendhilfestrukturen im Stadtbezirks Porz ist trotz der bekannten Haushaltslage umzusetzen, insbesondere hinsichtlich zusätzlicher aufsuchender Angebote (Streetworker), um das seit Jahren bestehende strukturelle Defizit in diesem Bereich für den Stadtbezirk Porz zu reduzieren. Dies muss nicht zwangsläufig durch zusätzliche Finanzmittel sondern kann ggf. auch durch eine gerechtere und zielführende Verteilung der Mittel unter Ausnutzung von Synergieeffekten erfolgen.**
- 3. Die für 2014 in Aussicht gestellten Kürzungen bei Bürgerhäusern und –zentren sowie bei der Sozialraumkoordinationen werden abgelehnt. Die Förderung soll zumindest in der bisherigen Höhe erhalten bleiben.**
- 4. Für die Erhaltung und Förderung der inklusiven Arbeit in Porz, hier besonders in der OT Ohmstraße sind im Haushalt 30.000 € ein zustellen.**
- 5. Die Gelder für den ÖPNV sollen für eine sofortige Verbesserung des Porzer Buskonzeptes verwendet werden um einen reibungslosen Anschluss an die Straßen- und S-Bahn zu erreichen.**
- 6. Es sind für die Verlängerung der Linie 7 entsprechende Investitions-, Planungs- und Ausbaumittel für Ankauf und Vorbereitung der notwendigen Grundstücke, die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens sowie erste Schritte für die Realisierung ein zu stellen. Die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens ist sofort auf zu nehmen.**
- 7. Für alle städtischen Investitionen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte sind die notwendigen Mittel im Haushalt ein zu stellen**
- 8. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Bezirken endlich die ihnen nach der Gemeindeordnung zustehende geeignete Übersicht über die in § 36, Abs. 1, Satz 1 GO NRW aufgeführten bezirklichen Angelegenheiten für die Haushaltsberatungen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die Transferaufwendungen (Zuschüsse) für Porzer Vereine, Verbände und Initiativen in den Bereichen Soziales, Jugend, Sport, Kultur und Migration sollen bezirksbezogen dargestellt werden sowie die Mittel für Bürgerhäuser in nichtstädtischer Trägerschaft.**

## **Haushaltsrede der FDP-Fraktion, Herr Wolfgang Baumann (in Vertretung für Herrn Lemke)**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, meine Damen und Herren,

die FDP steht dem städtischen Gesamthaushalt sehr kritisch gegenüber. Wir sind der Meinung, dass hier das derzeitige Haushaltsloch von über 300 Mio. nicht gerade für die finanzpolitische Kompetenz der Kämmerin Frau Klug spricht. Exemplarisch war hier der letzte November, als die Kämmerin fast nebenbei erklärte, dass sich der städtische Haushalt noch einmal um rund 90 Mio. Euro verschlechtere und kurz darauf fuhr sie dann einfach in den Urlaub. Auf uns – und wohl auch auf weite Teile der Öffentlichkeit – wirkt das so, als ob die Stadtspitze hier fast schon gleichgültig der Haushaltskrise gegenübersteht. Der permanent steigende Personalkostenaufwand wird offenbar auch nicht mehr ernsthaft hinterfragt.

Die Stadt setzt einfach mal eine jährliche Einnahmesteigerung von 1% p.a. voraus, die uns überhaupt nicht sachlich begründet erscheint. Nur ein kleines Beispiel: es wird so getan, als könne man einfach immer weiter die GewSt. zur Einnahmesteigerung erhöhen. Tatsächlich geht das nicht so einfach, denn irgendwann ist die Belastung für hier ansässige Unternehmen so hoch, dass die lieber Köln verlassen, als die immer weiter steigende Steuer- und Abgabenlast hinzunehmen.

Und noch ein kleines Beispiel für die aus unserer Sicht abenteuerlichen Finanzplanungen der Stadt Köln: Die Einnahmen der sog. Kulturförderabgabe sind ja noch bis 2017 veranschlagt, obwohl das BVG sowie zuletzt das OLG Münster die Nichtigkeit dieser Abgabe bereits festgestellt haben. Da müsste eigentlich jetzt eine Korrektur erfolgen, denn diese Einnahmen werden nun wegfallen. Andernfalls kommt nie Licht in diesen städtischen Zahlenschwungel, worunter natürlich die Bezirke und besonders eben auch Porz zu leiden haben.

Meine Damen und Herren, nach all der Kritik zum Schluss dann doch noch etwas Positives: Das bestehende sog. „Effizienzteam“ aus Finanzfachleuten aller Fraktionen begrüßen wir sehr und hoffen hier auf eine positive Wirkung für die Stadt Köln. Denn es bringt doch gerade beim Thema Haushalt & Finanzen überhaupt nichts, ständig nur aufeinander einzuknüppeln und sich gegenseitige Inkompetenz vorzuhalten. So kann man nicht erfolgreich zusammenarbeiten. Letztlich haben wir doch alle gemeinsam ein Interesse daran, dass wir die ausufernden Kosten in den Griff bekommen. Um hier ein Zeichen zu setzen und unserer Hoffnung auf dieses Team Ausdruck zu verleihen, wird die FDP deshalb nicht gegen den Haushaltsplanentwurf 2013/14 stimmen, sondern sich hier enthalten.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung: Entscheidend ist für uns immer die wirklich konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten im Sinne von Henry Ford: „Das Geheimnis des Erfolges ist es, auch den Standpunkt des anderen zu verstehen.“ Darum bemüht sich die FDP und wir bauen darauf, dass unsere politischen Mitbewerber das ebenfalls tun, vielen Dank!

**Beschlusstext:**

Die Bezirksvertretung Porz nimmt den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und der sonstigen Anlagen zur Kenntnis.

**Hinzugefügter Text des Ergänzungsantrages:**

Die Bezirksvertretung Porz beschließt folgende Anregungen zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014:

1. Die Senkung des Sockelbetrags für die Bezirksvertretungen von 18.910 € Euro und 0,39 € auf jetzt 15.660 Euro und 0,35 € pro Bezirk wird abgelehnt. Wir fordern den Rat auf, mindestens die Beträge von 2008 für die Bezirke zu bewilligen, also für Porz 61.186,-€
2. Der bereits mehrfach beantragte und seitens der Bezirksvertretung Porz beschlossene Ausbau der Jugendhilfestrukturen im Stadtbezirk Porz ist trotz der bekannten Haushaltslage umzusetzen, insbesondere hinsichtlich zusätzlicher aufsuchender Angebote (Streetworker), um das seit Jahren bestehende strukturelle Defizit in diesem Bereich für den Stadtbezirk Porz zu reduzieren. Dies muss nicht zwangsläufig durch zusätzliche Finanzmittel sondern kann ggf. auch durch eine gerechtere und zielführende Verteilung der Mittel unter Ausnutzung von Synergieeffekten erfolgen.
3. Die für 2014 in Aussicht gestellten Kürzungen bei Bürgerhäusern und –zentren sowie bei der Sozialraumkoordinationen werden abgelehnt. Die Förderung soll zumindest in der bisherigen Höhe erhalten bleiben.
4. Für die Erhaltung und Förderung der inklusiven Arbeit in Porz, hier besonders in der OT Ohmstraße sind im Haushalt 30.000 € ein zustellen.
5. Die Gelder für den ÖPNV sollen für eine sofortige Verbesserung des Porzer Buskonzeptes verwendet werden um einen reibungslosen Anschluss an die Straßen- und S-Bahn zu erreichen.
6. Es sind für die Verlängerung der Linie 7 entsprechende Investitions-, Planungs- und Ausbaumittel für Ankauf und Vorbereitung der notwendigen Grundstücke, die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens sowie erste Schritte für die Realisierung ein zu stellen. Die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens ist sofort auf zu nehmen.
7. Für alle städtischen Investitionen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte sind die notwendigen Mittel im Haushalt ein zu stellen
8. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Bezirken endlich die ihnen nach der Gemeindeordnung zustehende geeignete Übersicht über die in § 36, Abs. 1, Satz 1 GO NRW aufgeführten bezirklichen Angelegenheiten für die Haushaltsberatungen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die Transferaufwendungen (Zuschüsse) für Porzer Vereine, Verbände und Initiativen in den Bereichen Soziales, Jugend, Sport, Kultur und Migration sollen bezirksbezogen dargestellt werden sowie die Mittel für Bürgerhäuser in nichtstädtischer Trägerschaft.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich in ergänzter Form beschlossen.**

Ja:	10 Stimmen	SPD, Grüne, Herr Erberle (Linke)
Nein:	7 Stimmen	CDU, Frau Wilden (Pro Köln)
Enthaltung	1 Stimme	Herr Baumann (FDP)

**Änderungs-/ Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Grüne: zu TOP 7.1.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und der sonstigen Anlagen AN/0237/2013**

**Beschluss:**

Dem Beschlussvorschlag wird hinzugefügt:

Die Bezirksvertretung Porz beschließt folgende Anregungen zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014:

1. Die Senkung des Sockelbetrags für die Bezirksvertretungen von 18.910 € Euro und 0,39 € auf jetzt 15.660 Euro und 0,35 € pro Bezirk wird abgelehnt. Wir fordern den Rat auf, mindestens die Beträge von 2008 für die Bezirke zu bewilligen, also für Porz 61.186,-€
2. Der bereits mehrfach beantragte und seitens der Bezirksvertretung Porz beschlossene Ausbau der Jugendhilfestrukturen im Stadtbezirks Porz ist trotz der bekannten Haushaltslage umzusetzen, insbesondere hinsichtlich zusätzlicher aufsuchender Angebote (Streetworker), um das seit Jahren bestehende strukturelle Defizit in diesem Bereich für den Stadtbezirk Porz zu reduzieren. Dies muss nicht zwangsläufig durch zusätzliche Finanzmittel sondern kann ggf. auch durch eine gerechtere und zielführende Verteilung der Mittel unter Ausnutzung von Synergieeffekten erfolgen.
3. Die für 2014 in Aussicht gestellten Kürzungen bei Bürgerhäusern und –zentren sowie bei der Sozialraumkoordinationen werden abgelehnt. Die Förderung soll zumindest in der bisherigen Höhe erhalten bleiben.
4. Für die Erhaltung und Förderung der inklusiven Arbeit in Porz, hier besonders in der OT Ohmstraße sind im Haushalt 30.000 € ein zustellen.
5. Die Gelder für den ÖPNV sollen für eine sofortige Verbesserung des Porzer Buskonzeptes verwendet werden um einen reibungslosen Anschluss an die Straßen- und S-Bahn zu erreichen.
6. Es sind für die Verlängerung der Linie 7 entsprechende Investitions-, Planungs- und Ausbaumittel für Ankauf und Vorbereitung der notwendigen Grundstücke, die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens sowie erste Schritte für die Realisierung ein zu stellen. Die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens ist sofort auf zu nehmen.
7. Für alle städtischen Investitionen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte sind die notwendigen Mittel im Haushalt ein zu stellen
8. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Bezirken endlich die ihnen nach der Gemeindeordnung zustehende geeignete Übersicht über die in § 36, Abs. 1, Satz 1 GO NRW aufgeführten bezirklichen Angelegenheiten für die Haushalts-

beratungen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die Transferaufwendungen (Zuschüsse) für Porzer Vereine, Verbände und Initiativen in den Bereichen Soziales, Jugend, Sport, Kultur und Migration sollen bezirksbezogen dargestellt werden sowie die Mittel für Bürgerhäuser in nichtstädtischer Trägerschaft.

### Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig bei Enthaltungen von CDU, FDP und Frau Wilden (Pro Köln) beschlossen.**

### 7.1.2 Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 hier: Beschluss über die sachliche Verwendung der bezirksorientierten Mittel für die Jahre 2013 und 2014 gem. § 37 Abs. 3 GO NW

**0153/2013**

### Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung des Stadtbezirkes Porz beschließt die Verwendung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW für die Haushaltsjahre 2013/2014 unter Bezug auf den Ratsbeschluss vom 18.12.2012 in Höhe von jeweils 53.600 € wie folgt:

<b>Konsumtiver Bereich</b>			
<b>Teilergebnisplan</b>	<b>Bezeichnung Teilergebnis-/finanzplan</b>	<b>Ansatz 2013</b>	<b>Finanzposition</b>
0301	Schulträgeraufgaben		<b>0275.573.1800.6</b>
0416	Kulturförderung		<b>0275.573.1800.6</b>
0504	Soziale Hilfen		<b>0275.573.1800.6</b>
0507	Betrieb, Unterhaltung, Förderung von Bürgerhäusern und -zentren		<b>0275.573.1800.6</b>
0604	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		<b>0275.573.1800.6</b>
0801	Sportförderung		<b>0275.573.1800.6</b>
1301	Öffentliches Grün, Erholungsanlagen		<b>0275.573.1800.6</b>
<b>Gesamtsummen DR 67</b>		<b>53.600,00</b>	

### Beschluss durch Ersetzungsantrag:

Die Bezirksvertretung Porz beschließt folgenden Ansatz bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW für die Haushaltsjahre 2013/2014 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014:

1. Die Senkung des Sockelbetrags für die Bezirksvertretungen auf jetzt 15.660 Euro und 0,35 € je Einwohner pro Bezirk wird abgelehnt. Wir fordern den Rat auf, mindestens die Beträge von 2008 für die Bezirke zu bewilligen, also für Porz 61.186,-€, errechnet aus dem Sockelbetrag 2008 in Höhe von 18.910 € und 0,39 € je Einwohner. Sollte der Rat wider Erwarten dem Betrag aus dem

Haushaltentwurf zustimmen, bleiben die prozentualen Aufteilungen der Mittel erhalten

2. Alle geplanten Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Aufteilung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW für die Haushaltsjahre 2013/2014 im konsumtiven Bereich:

Konsumtiver Bereich

Teilergebnisplan	Bezeichnung Teilergebnis-/finanzplan	Ansatz 2013	Finanzposition
301	Schulträgeraufgaben	2.447,00 €	0275.573.1800.6
416	Kulturförderung	4.283,00 €	0275.573.1800.6
504	Soziale Hilfen	18.000,00 €	0275.573.1800.6
507	Betrieb, Unterhaltung, Förderung von Bürgerhäusern und -zentren	6.200,00 €	0275.573.1800.6
604	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	18.498,00 €	0275.573.1800.6
801	Sportförderung	10.790,00 €	0275.573.1800.6
1301	Öffentliches Grün, Erholungsanlagen	968,00 €	0275.573.1800.6
	Gesamtsummen DR 67	61.186,00 €	

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig in ersetzter Form beschlossen.**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Grüne: zu TOP 7.1.2 Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 hier: Beschluss über die sachliche Verwendung der bezirksorientierten Mittel für die Jahre 2013 und 2014 gem. § 37 Abs. 3 GO NW  
AN/0240/2013**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Porz beschließt folgenden Ansatz bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW für die Haushaltsjahre 2013/2014 zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2013/2014:

1. Die Senkung des Sockelbetrags für die Bezirksvertretungen auf jetzt 15.660 Euro und 0,35 € je Einwohner pro Bezirk wird abgelehnt. Wir fordern den Rat auf, mindestens die Beträge von 2008 für die Bezirke zu bewilligen, also für Porz 61.186,-€, errechnet aus dem Sockelbetrag 2008 in Höhe von 18.910 € und 0,39 € je Einwohner. Sollte der Rat wider Erwarten dem Betrag aus dem Haushaltentwurf zustimmen, bleiben die prozentualen Aufteilungen der Mittel erhalten
2. Alle geplanten Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Aufteilung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW für die Haushaltsjahre 2013/2014 im konsumtiven Bereich:

Konsumtiver Bereich

Teilergebnisplan	Bezeichnung Teilergebnis-/finanzplan	Ansatz 2013	Finanzposition
301	Schulträgeraufgaben	2.447,00 €	0275.573.1800.6
416	Kulturförderung	4.283,00 €	0275.573.1800.6
504	Soziale Hilfen	18.000,00 €	0275.573.1800.6
507	Betrieb, Unterhaltung, Förderung von Bürgerhäusern und -zentren	6.200,00 €	0275.573.1800.6
604	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	18.498,00 €	0275.573.1800.6
801	Sportförderung	10.790,00 €	0275.573.1800.6
1301	Öffentliches Grün, Erholungsanlagen	968,00 €	0275.573.1800.6
	Gesamtsummen DR 67	61.186,00 €	

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen. Frau Ogiermann (CDU) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**7.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**8 Anfragen gemäß §§ 4 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**8.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

**8.2 Neue Anfragen**

**9 Mitteilungen**

**9.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**

**9.2 Mitteilungen der Verwaltung**

**10 Annahme von Schenkungen**

**Ende der Sitzung: 19:15 Uhr**

**Willi Stadoll**  
**Bezirksbürgermeister**

**Monika Radke**  
**Protokoll**